



Staat schnappt Privatwirtschaft Fachkräfte weg!

Der Fachkräftemangel verschärft sich in der Privatwirtschaft. Doch der Staat hat keine Mühe, geeignetes Personal zu finden, weil er mehr als die Wirtschaft zahlt.

Die Löhne in der öffentlichen Verwaltung sind deutlich höher als für vergleichbare Tätigkeiten in der Privatwirtschaft. Wer beim Staat angestellt ist, profitiert von einem deutlichen Lohnzuschlag. Zu diesem Schluss kommt eine vielbeachtete Studie des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) aus dem Jahr 2023. Die Autoren haben in ihrer Analyse gleichwertige Stellen und Arbeitskräfte aus der Verwaltung und der Privatwirtschaft verglichen. Eine Neuauflage der **Studie** aus dem Jahr 2024 bestätigt den ersten Befund. Ein Angestellter verdient in der öffentlichen Verwaltung mehr, als er mit seiner Qualifikation und in seinem Alter in einem vergleichbaren Job in der Privatwirtschaft erhalten würde. Am grössten ist die Lohnprämie beim Bund: Hier beträgt sie im Durchschnitt 12 Prozent.

Fachkräftemangel ist für die Verwaltung kein Thema

Der Staat kann bei den Anstellungsbedingungen mit der grossen Kelle anrichten. Kein Wunder, dass die öffentliche Verwaltung vom zunehmenden Fachkräftemangel kaum betroffen ist. Dies zeigt der **Fachkräfteindex** von BSS Volkswirtschaftliche Beratung. Der Index fasst die vier Indikatoren Deckungsgrad, Zuwanderungsquote, Arbeitslosenquote und die Quote der offenen Stellen in einer Kennzahl zusammen. Der Index wurde 2010 zum ersten Mal erhoben und startete für alle Branchen bei 100. Die Zahlen zeigen, dass sich der Mangel in den letzten Jahren in der Gesamtwirtschaft laufend verschärft hat (38% mehr im Jahr 2023).

Nur während der Ausnahmesituation Corona gab es einen temporären Rückgang. Praktisch alle Branchen haben zunehmend Mühe, die nötigen Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt zu finden. Eine der wenigen Ausnahmen bildet die öffentliche Verwaltung.

Verwaltung und Private konkurrieren um Fachkräfte

Die Privatwirtschaft leidet unter dem zunehmenden Fachkräftemangel. Stark betroffen sind Branchen wie die Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen sowie die Information und Kommunikation. Gerade in diesen Bereichen werden Fachkräfte benötigt, die auch in der öffentlichen Verwaltung zahlreich beschäftigt sind. Rekrutiert werden diese Fachkräfte sowohl vom Staat als auch von den privaten Unternehmen am gleichen Arbeitsmarkt. Doch während die Privaten zunehmend Schwierigkeiten haben, Fachkräfte zu finden, bleibt die Situation für die öffentliche Verwaltung dank der grosszügigen Lohnprämie unverändert komfortabel. Die Situation ist absurd: Der Staat konkurrenziert die Privaten am Arbeitsmarkt. Weil er höhere Löhne zahlen kann, bekommt er problemlos die benötigten Fachkräfte. Diese fehlen dann am Arbeitsmarkt, was den Mangel für die Unternehmen weiter verschärft. Und bezahlt wird das Ganze unter anderem mit den Steuern der Unternehmen, die auf dem Arbeitsmarkt gegen den Staat verlieren.